

Fragen

für die Fragestunde der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. März 2017

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 30	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	39, 40	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	15, 16	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	12
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 41	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	17, 18	Schick, Gerhard, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	19, 20	Steinbach, Erika (fraktionslos)	23, 24
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	21, 22	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	34, 36
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	2
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 32	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	28, 29

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Besteht aus fachlicher Sicht des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die Notwendigkeit, die hierzulande angefallenen und lagernden graphithaltigen abgebrannten Brennelementkugeln zur Konditionierung ins Ausland zu exportieren, um sie in einem hiesigen tiefeingeologischen Endlager endlagern zu können oder nicht (bitte mit ausführlicher Begründung), und kann das BMUB bestätigen, dass es bei Exportgenehmigungen für hochradioaktive Abfälle weiterhin für die Prüfung des atomrechtlichen Erfordernisses der schadlosen Verwertung und die Fachaufsicht zuständig ist (bitte ausführlich darlegen; vgl. Pressemitteilung Nr. 190/10 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 6. Dezember 2010)?
2. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)

Welche Atomkraftwerke und sonstigen Atomanlagen in Deutschland waren am 10. März 2017 von dem „Renegade“-Vorfall nach dem Abbruch des Funkkontakts zu einer Passagiermaschine der Air India betroffen (siehe z. B. www.presseportal.de/pm/7899/3586471), und welche Schutz- bzw. Sicherungsmaßnahmen sind dort jeweils ergriffen worden?
3. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viel Prozent der deutschen Wälder sind mittlerweile in reine Naturwälder umgewandelt (bitte aufschlüsseln nach prozentualer Zunahme in den vergangenen zehn Jahren), und wird die Bundesregierung das Ziel von 5 Prozent Naturwälder der deutschen Wälder bis 2020 noch erreichen (bitte begründen)?
4. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch waren nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung die CO₂-Emissionen in Deutschland im Jahr 2016, und teilt die Bundesregierung die Auffassung des Kanzleramtsministers Peter Altmaier „Ich bin fest davon überzeugt, dass der Weg nationaler Ziele falsch ist“ (siehe

<https://www.welt.de/wirtschaft/article162762773/Bundesregierung-gibt-Alleingaenge-im-Klimaschutz-auf.html>), dass es in Zukunft keine nationalen Klimaschutzziele mehr geben soll?

5. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wird die Bundesregierung die Einführung einer blauen Plakette nun unterstützen, nachdem die EU-Kommission ausdrückliche Unterstützung bekundet hat (vgl. STUTTGARTER ZEITUNG vom 13. März 2017: „EU-Kommission ist für die blaue Plakette“), und falls nein, welche kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte für die gesundheitsgefährdenden Luftschadstoffe Stickoxid und Feinstaub schlägt die Bundesregierung vor?

6. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie steht das BMUB zur Aufforderung der französischen Umweltministerin Ségolène Royal nach der ECHA-Bewertung von Glyphosat, die europäischen Umweltministerinnen und -minister mögen sich auch weiterhin gegen eine Neuzulassung positionieren (vgl. www.developpement-durable.gouv.fr/segolene-royal-condamne-decision-lecha-nepas-classer-cancerogene-probable-glyphosate-et-appelle)?

7. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie ist der Wortlaut der Verständigung innerhalb der Bundesregierung zu neuer Gentechnik, die das BMUB am 16. Februar 2017 in einem Tweet erwähnt hat (vgl. <https://twitter.com/bmub/status/832234772302819329>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
In welcher Höhe wurden in den vergangenen drei Jahren, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe, Mittel für die Länder Nigeria, Südsudan, Äthiopien, Somalia, Kenia und Jemen bereitgestellt (bitte nach Ländern auflisten), und hält die Bundesregierung ihre derzeitigen Beiträge vor dem Hintergrund der frühen Warnungen vor Dürre und Hungersnot (u. a.

durch den Brief der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Claudia Roth, Heike Hänsel und Niema Movassat an den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller vom 10. März 2016) für angemessen?

9. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die Haushaltsmittel, die laut dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen Dr. Michael Meister für den sogenannten Marshallplan mit Afrika zur Verfügung stehen (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 26, Plenarprotokoll 18/220), und nach welchen Kriterien werden die Partnerländer, die im Rahmen des sogenannten Marshallplans mit Afrika unterstützt werden sollen, ausgewählt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

10. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung die erneute Visaverweigerung für vier junge erwachsene Schüler des Ghana Permaculture Institute (GPI) durch die Botschaft Accra am 25. bzw. 28. November 2016, die den Schüleraustausch mit der Schule für Erwachsenenbildung (SFE) Berlin – mit dem Deutschen Schulpreis 2016 ausgezeichnet – verhindert u. a. mit der Begründung, ein Schüler stamme aus „einer Region [...], die als wirtschaftlich schwach anzusehen ist“ (Bescheid vom 25. November 2016, GZ: RK 516 E 84674), der Besuch der deutschen Schüler in Ghana zwar inzwischen stattfand, der Rückbesuch der ghanaischen Schüler in Deutschland im Rahmen des Entwicklungspolitischen Schulaustauschprogramms ENSA des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aber unmöglich ist, obwohl er vom BMZ finanziert ist und nachgeforderte Unterlagen nachgereicht wurden, und wie gedenkt die Bundesregierung dem entgegenzuwirken, dass der Austausch mit jungen Schülern aus Ländern des Südens, die eine Verwurzelung wegen ihres familiären Status und des erst beginnenden Arbeitslebens naturge-

mäß äußerst schwer nachweisen können, durch eine solche Visapraxis faktisch komplett eingestellt werden könnte?

11. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in Afghanistan – insbesondere für einen Verhandlungsprozess – daraus, dass Taliban inzwischen ausländische Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen zur Hilfeleistung im Land aufgefordert haben sollen, während der IS offenbar gezielt Mitarbeiter von internationalen Hilfsorganisationen wie dem IKRK angreift und tötet wie Anfang 2017 im Norden (dpa vom 8. Februar 2017), und welche Städte und besiedelten Regionen in Afghanistan bewertet die Bundesregierung aus welchen Gründen als dauerhaft sicher, in die bedenkenlos aus Deutschland Flüchtlinge abgeschoben werden können (bitte begründen)?
12. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern erkennt die Bundesregierung an, dass aufgrund des Völkermordes an den Herero und Nama zwischen 1904 und 1908 im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika und seiner Folgen viele Herero und Nama fliehen mussten und deshalb heute in der Diaspora (z. B. Botswana, Südafrika, USA) leben, und inwiefern werden vor diesem Hintergrund in den bilateralen Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Namibia zur Aufarbeitung des Völkermordes die Bedürfnisse und Interessen der Herero und Nama, die nicht in Namibia leben und (zum Teil) keine namibischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind, berücksichtigt?
13. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, wie beim Treffen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit der Ministerpräsidentin von Bangladesh Sheikh Hasina in München (vgl. www.thedailystar.net/frontpage/hasina-seeks-global-support-relocate-rohingyas-noakhali-1363342) angesprochen, die Umsiedlung geflüchteter Rohingya auf die Insel Thengar Char zu unterstützen, und inwiefern hält sie eine solche Umsiedlung für realistisch?

14. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern verfügt die Bundesregierung über eigene Kenntnisse zu den von Amnesty International dokumentierten Angriffen auf oppositionelle Studierende in Darfur (<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/01/sudan-must-end-politically-motivated-attacks-on-darfuri-students/>), und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus für ihre Zusammenarbeit mit der sudanesischen Regierung?
15. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis (auch nachrichtendienstliche) über die Unterstützung der Partei der Demokratischen Union (PYD) einschließlich ihres bewaffneten Arms – den Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ – durch die USA (Ausbildung, Ausrüstung und militärstrategische Zusammenarbeit im Kampf gegen die Terrororganisation IS), und hat die Bundesregierung vor dem Kennzeichenverbot durch Erlass des Bundesministeriums des Innern Konsultationen mit internationalen Partnern (USA, UNO, EU etc.) diesbezüglich gehabt?
16. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche eigenen Nachforschungen (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung vorgenommen, um den schwerwiegenden Vorwurf, Peshmerga-Kräfte der Barzani-Regierung (KDP) hätten von Deutschland an diese gelieferte Waffen gegen Yeziden im Shengal-Gebirge an der Grenze des Irak zu Syrien eingesetzt (www.bild.de/politik/ausland/jesiden/kaempfe-in-sinjar-peschmerga-gegen-jesiden-50684882.bild.html), zu untersuchen, und inwieweit hält die Bundesregierung die Verbalnote des Amtes für Außenbeziehungen der Regionalregierung Kurdistan-Irak vom 9. März 2017, wonach das Peshmerga-Ministerium der Regionalregierung Kurdistan-Irak den Einsatz von deutschen Waffen seitens der Peshmerga-Kräfte untersucht und versichert hätte, dass keinerlei deutsche Waffen in irgendeinem Gefecht außer im Kampf gegen die IS-Terroristen eingesetzt worden sind, für ausreichend unabhängig als Beweis?

17. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung die Beteiligung am Syria Recovery Trust Fund aufrecht, und in welchen Regionen Syriens wird das Geld im Jahr 2017 eingesetzt?
18. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Gedenkt die Bundesregierung, bei der im April 2017 in Brüssel beginnenden Runde der Neuverhandlung des globalen Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Mexiko sich dafür einzusetzen, dass verbindlich überprüfbare Regeln im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte (Drucksache DS1036/17, Entwurf EU-Mexiko-Abkommen, Kapitel II, Demokratische Prinzipien, Menschenrechte und Gesetzesregeln) vereinbart werden?
19. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Hinsichtlich welcher Zusammenarbeitsformen trifft es, wie von der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in ihrer Onlineausgabe vom 15. März 2017 unter dem Titel „Türkischer Minister stellt Flüchtlingsabkommen in Frage“ berichtet, zu, dass der „Streit zwischen Europa und der Türkei“ Folgen auch für die NATO habe, da die türkische Regierung beispielsweise die militärische Zusammenarbeit der 28 NATO-Länder mit Partnerstaaten aus Europa, Asien und ehemaligen Sowjetrepubliken behindere, und welche Auswirkungen haben die Anschuldigungen der türkischen Regierung gegenüber europäischen Regierungen auf das sogenannte Flüchtlingsabkommen mit der Europäischen Union, zu dem auch die Patrouillen der NATO-Flotte unter Leitung der Deutschen Marine in der Ägäis gehören?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

20. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche „universitäre Infrastruktur“ wurde im Jahr 2016 mutmaßlich durch die „Kampagne“ APT 29 oder andere, „Russland“ zugeordneten Gruppen oder „Kampagnen“ kompromittiert und dabei als Command- and Control-Server für angebliche Angriffe „zweckentfremdet“ (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 19 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/11106), und mit welchen

Ermittlungen oder welchem Prüfvorgang sind Behörden der Bundesregierung oder der Länder hierzu befasst?

21. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Hintergründe des Cyberangriffs offenbar türkisch-nationalistischer Hacker auf Twitter-accounts unter anderem von Persönlichkeiten, Institutionen und Vereinigungen in Deutschland wie den Fußballverein Borussia Dortmund und den Fernsehsender ProSieben, über die gegen Deutschland und Holland gerichtete Parolen sowie Bilder des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und Hakenkreuze verbreitet wurden, und inwieweit gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Verbindungen der Hacker zu türkischen staatlichen Stellen (https://www.welt.de/print/welt_kompakt/webwelt/article162894125/Tuerkische-Hacker-twittern-Naziparolen.html)?

22. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung die von zahlreichen Beratungsstellen beobachtete Praxis einiger Banken, eine Kontoeröffnung oder die Verlängerung eines bereits bestehenden Basiskontos bei Asylsuchenden mit einer Aufenthaltsgestattung oder bei Personen, deren Flüchtlingseigenschaft festgestellt wurde, die jedoch zunächst – bis zur Ausstellung des elektronischen Aufenthaltstitels – nur eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 3 Satz 1 bzw. § 25 Absatz 1 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes erhalten haben, zu verweigern, weil diese Aufenthaltstitel nicht ausdrücklich in § 1 Absatz 2 der Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung aufgeführt werden, und welche Initiativen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um diese nach meiner Einschätzung nicht gewollte Lücke bei der Ermöglichung eines Basiskontos für alle in Deutschland lebenden Personen zu schließen (z. B. klarstellende Hinweise an die Banken, Klarstellung der Zahlungskonto-Identitätsprüfungsverordnung usw.)?

23. Abgeordnete
Erika Steinbach
(fraktionslos)
- Wer hat seitens der Bundesregierung veranlasst, dass Filme über das Asylverfahren in mehreren afrikanischen Sprachen hergestellt und in Herkunftsländern der Migration verbreitet wurden (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article145792553/Der-Werbefilm-fuer-das-gelobte-Asylland-Germany.html>)?
24. Abgeordnete
Erika Steinbach
(fraktionslos)
- Wer hat seitens der Bundesregierung veranlasst, dass nach mir vorliegenden Informationen Mitarbeiter deutscher Behörden dahingehend informiert oder instruiert werden, dass bei Auffinden oder Vorlage von gefälschten oder verfälschten personenbezogenen Dokumenten keine Anzeigen, Ermittlungen oder Strafverfolgungen eingeleitet werden oder wurden?
25. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Art und Weise ist deutschen Ermittlungsbehörden, insbesondere dem BKA in seiner Funktion als nationale Vermögensabschöpfungsstelle (Asset Recovery Office – ARO) gemäß Beschluss 2007/845/JI des Rates, die Feststellung von Immobilieneigentum in Deutschland von Beschuldigten in ausländischen Verfahren ohne nähere geographische Angaben möglich, und wie steht die Bundesregierung zu der auf EU-Ebene im Rahmen der Überarbeitung der 4. AMLD – Anti Money Laundering Directive – diskutierten Einrichtung eines zentralen Immobilienregisters?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

26. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist unter der derzeitigen Rechtslage das Immobilieneigentum festzustellen, das beispielsweise durch Einsatz von sog. Strohleuten als Käufer und Eintragung eines lebenslangen Wohnrechts des Täters in Abteilung II bzw. als Grundschuldgläubiger in Abteilung III verschleiert wird, und welche Schritte erwägt die Bundesregierung, um die Feststellung bei sog. Strohmännchen-Konstellationen zu verbessern?

27. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum war der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Behörden (insbesondere GBA, BND und BfV) der Aufenthalt des Leiters der Abteilung für Auslandsbeziehungen der Diyanet, Halife Keskin, der mit Schreiben vom 20. September 2016 Konsulatsangehörige und Mitarbeitende der DITIB dazu aufgefordert hat, Berichte über Anhänger und Einrichtungen der Gülen-Bewegung anzufertigen und der türkischen Regierung zur Verfügung zu stellen, am 18. Februar 2017 in Deutschland nicht bekannt (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 18/11365; ergänzende Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Günter Krings auf meine Nachfrage in der Regierungsbefragung vom 8. März 2017, Plenarprotokoll 18/220, S. 22016), obwohl der Generalbundesanwalt an diesem Tag per E-Mail und Fax über die Anwesenheit von Halife Keskin informiert worden ist und diese durch Fotobeweis belegt ist (vgl. www.zeit.de/politik/deutschland/2017-03/ditib-spionage-tuerkei-beamter-halife-keskin-sicherheitsbehoerden-deutschland), und welche Konsequenzen hat die Ankündigung des türkischen Außenministers, „Demnächst werden Religionskriege in Europa beginnen“ (www.bbc.com/turkce/39290288), für die Mitgliedschaft der DITIB in der Deutschen Islamkonferenz?
28. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch lag nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Vergütung der Vorstandsmitglieder der DAX-Unternehmen und deren Verhältnis zum durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1993 sowie im letzten dokumentierten Jahr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch lagen nach Kenntnis der Bundesregierung die jährlichen Vergütungen der Vorstandsmitglieder bzw. Präsidenten der Deutschen Bundespost, der Deutschen Bundesbahn und der Kreditanstalt für Wiederaufbau bzw. ihrer Nachfolgeunternehmen im Jahr 1993 sowie im letzten dokumentierten Jahr, und welche Verbindung sieht

die Bundesregierung zwischen der Performance der genannten Unternehmen und den Bezügen ihrer Vorstände?

30. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Schreiben der EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, Marianne Thyssen, vom 1. März 2017, in dem sie die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, den Bundesminister der Finanzen und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales darüber informiert, dass die Kommission beschlossen hat, eine Änderung der europäischen Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, die die Indexierung der Familienleistungen an das Lebenshaltungsniveau in den Aufenthaltsstaaten der Kinder ermöglichen würde, nicht einzuführen, und welche Auswirkungen hat dies auf den Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen eines Gesetzes zur Anpassung kindergeldrechtlicher Regelungen vom 10. Februar 2017?

31. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern plant die Bundesregierung, in der laufenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu erarbeiten und einzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

32. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann genau (jeweiliges Kalenderdatum bitte) gab es seit der Antwort der Bundesregierung vom 19. Oktober 2016 auf meine Mündliche Frage 10, Plenarprotokoll 18/195, weitere Gespräche der Bundesregierung – insbesondere seitens des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Bundesministeriums der Finanzen – mit Vertretern der Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen im Zusammenhang mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag (oder damit verbundenen Aspekten) zum Gesetz

zur Neuordnung der Verantwortung in der kern-technischen Entsorgung (bitte mit vollständiger Angabe aller jeweiligen Gesprächsparteien analog zur o. g. Antwort der Bundesregierung)?

33. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang liefert Deutschland seit dem 1. Januar 2016 dem NATO-Partner Türkei Rüstungsgüter (Art der Güter, Anzahl und Wert pro Jahr), und inwiefern erwägt die Bundesregierung, in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen in der Türkei, diese Waffenlieferungen zu stoppen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

34. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass nach einer nicht repräsentativen Studie des Bundesverbands zur Förderung von Menschen mit Autismus nahezu jeder fünfte Schüler/jede fünfte Schülerin im Laufe seiner/ihrer Lernbiographie mindestens einmal vom Unterricht ausgeschlossen wurde, dies sogar häufig über mehrere Monate, und welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern, um dieser Tatsache entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

35. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie konnte es aus Sicht der Bundesregierung im Rahmen des Bundeswehreinsatzes „Inherent Resolve“ in Syrien zu dem Tod von mindestens 14 Zivilisten bei einem Luftangriff auf das Dorf Al-Matab kommen (vgl. ntv.de vom 9. März 2017, „Luftangriff in Syrien tötet 14 Zivilisten“), und welche konkreten Maßnahmen wurden bzw. werden ergriffen, um solche zivilen „Kollateralschäden“ zukünftig zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

36. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern ergreifen, um die im Teilhabebericht erwähnten kommunikativen Barrieren abzubauen, auf die Menschen mit Beeinträchtigungen aus dem Autismusspektrum im Gesundheitssystem stoßen und so eine angemessene medizinische Versorgung erschweren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

37. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Haushalte in Deutschland nutzen laut Erkenntnis der Bundesregierung aktuell Hörfunk und Fernsehen über DVB-T, und ist der Bundesregierung bekannt, wie viele dieser Haushalte noch keine passende Empfangstechnik für den Empfang von DVB-T2 besitzen?
38. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Daten (Häufigkeit von Verkehrslasten durch welche Fahrzeugtypen) und welche Schäden wurden bisher an der Wehrbrücke in Herbrum (Landkreis Emsland) ermittelt, bei der die Bundesanstalt für Wasserbau seit 2014 eine indirekte Messung der Belastungen durchführt?
39. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Ist es zutreffend, dass der Bundesregierung umfangreiche und detaillierte Vorarbeiten für die Ausschreibung der Pkw-Maut vorliegen („Pkw-Maut: Komplizierter und teurer“, Handelsblatt vom 15. März 2017), und wenn ja, zu welchen Kosten wurden diese Vorarbeiten erstellt (bitte unter Angabe des jeweiligen Auftragnehmers aufzuführen)?

40. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die Notwendigkeit einer überplanmäßigen Ausgabe bis zur Höhe von 10 Mio. Euro „für die Wiederaufnahme der Arbeiten zur Vorbereitung der Ausschreibung und anschließenden Implementierung des Infrastrukturabgabensystems“ (Drucksache des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages 18 (8) 4180 vom 22. Februar 2017) angesichts bereits erfolgter Vorarbeiten zur Ausschreibung der Pkw-Maut, und welche konkreten, durch diese überplanmäßige Ausgabe ausfinanzierten, Aufträge sollen ausgeschrieben und vergeben werden?
41. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluss konkreter Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Bund und der Deutschen Bahn AG für den Ausbau der Gäubahn (Ausbau-strecke Stuttgart–Singen–Grenze D/CH), und bis wann kann nach Kenntnis der Bundesregierung mit dem Baubeginn gerechnet werden?

